

Interview

VON MARTINA SALOMON
UND MICHAEL BACHNER

KURIER: Herr Minister, Sie sind offensichtlich das einzige Regierungsmitglied, das schon länger nicht beim Friseur war. Bleiben die Haare nun lang oder gehen Sie jetzt, wo die Geschäfte wieder öffnen, zum Friseur?

Gernot Blümel: Ich werde zum Nachschneiden gehen. Schauen wir wie meine Stimmung gerade ist, kürzer werden sie auf jeden Fall. Ich werde oft darauf hingewiesen!

Wie haben das Ihre Regierungskollegen im Lockdown erledigt? War ja eigentlich verboten...

Das weiß ich nicht. Man könnte sich wahrscheinlich die Haare hinten auch selbst irgendwie schneiden. Aber das war nicht ganz oben auf meiner Problemliste.

Ab morgen wird der Lockdown gelockert. Die Sorge ist, dass die Infektionszahlen steigen und bis Ostern wieder vieles verschärft werden muss. Was wäre dann gewonnen?

Wir haben Experten befragt und mit Landeshauptleuten sowie Opposition gesprochen. Die Situation ist wirklich schwierig und wird immer schwieriger, je länger sie dauert. Wir haben uns zu ersten zarten Lockerungen entschieden. Im Bewusstsein, dass die Zahlen wahrscheinlich leicht steigen werden und mit der Hoffnung, dass wir das durch Verschärfungen in anderen Bereichen zeitlich nach hinten schieben können.

Damit sich das mit dem Impfen irgendwie ausgeht?

Damit wir möglichst in die warme Jahreszeit hineinkommen, damit mit dann schon möglichst viele Menschen geimpft sind. Für die Moral der Menschen, aber auch aus wirtschaftlichen Gründen ist es ein richtiger Schritt.

Ex-Wirtschaftsminister Bartenstein kritisierte im KURIER, dass das Schuldenmachen derzeit belohnt wird und marode Unternehmen durch staatliche Hilfen nicht pleite gehen, wodurch die Selbstreinigung der Wirtschaft ausfällt.

Es ist eine Gratwanderung. Vertreter der Schumpeterschen Theorie sagen, es braucht Insolvenzen, damit wieder Markt-Kapazitäten frei werden. Aber die meisten Firmen hatten vor Corona ja ein funktionierendes

Geschäftsmodell und leiden seither unter dem staatlich verordneten Zusperrern. Daher war es richtig, in der Phase der staatlichen Intervention Insolvenzpflichten auszusetzen und zu helfen. Das Wirtschaftswachstum kann nur wieder stark anspringen, wenn es noch möglichst viele Firmen mit möglichst vielen Schlüssel-arbeitskräften gibt.

Milliarden wären zu haben, aber noch fehlt der Plan

EU-Corona-Wiederaufbaufonds: Österreich kann 3,3 Milliarden Euro holen / Kritik an mangelnder Transparenz der Regierung

Aufschwung. Geschenktes Geld gegen Reformen – das ist die Bedingung. Im Fall Österreichs sind es rund 3,3 Milliarden Euro an nicht rückzahlbaren Zuschüssen, die aus dem 750 Milliarden schweren Corona-Wiederaufbaufonds der EU geholt werden können. Dieser gigantische Geldtopf, für den sich die EU-Staaten erstmals in nie da gewesenem Ausmaß gemeinsam verschulden, soll der schwer geschädigten Wirtschaft helfen.

Erst aber muss Österreich der EU-Kommission bis Ende April einen Plan für Projekte liefern. „Keine Eile also“, signalisiert das Finanzministerium. Andere Staaten lassen sich da weitaus weniger Zeit: Deutschlands Konzept (25,6 Milliarden Euro an Zuschüssen) lässt

750-Milliarden-Topf

Wiederaufbaufonds der EU
Mit massiver Hilfe – 750 Milliarden Euro – soll die von der Corona-Pandemie schwer geschädigte Wirtschaft der EU wieder angekurbelt werden. Historisch: Die 27 EU-Staaten finanzieren den Aufbaufonds mit Namen „Next Generation EU“ erstmals über gemeinsame Schulden

Herzstück des Fonds

Im Rahmen der sogenannten „Aufbau und Resilienzfähigkeit“ werden 312,5 Milliarden Euro als nicht rückzahlbare Zuschüsse an die EU-Staaten vergeben. Spanien erhält davon am meisten: fast 70 Mrd., dann Italien: 69 Mrd., Frank-

„Für die Moral der Menschen ist es ein richtiger Schritt“

Lockerungen. Finanzminister Blümel über vorsichtige Öffnungen, Haarschneiden, Wirtschaftshilfen, Zombie-Firmen und den Zustand der Koalition



reich eine extrem gute Bonität. Ich mache mir um die derzeitige Staatsverschuldung noch keine Sorgen. Wir werden im nächsten oder übernächsten Jahr keinen ausgeglichenen Haushalt haben, aber sukzessive muss die Neuverschuldung im Verhältnis zur Wirtschaftsleistung wieder abnehmen. Weil uns das zugeutraut wird, genießt Österreich bei allen Ratingagenturen einen so stabilen Ausblick.

Ist es denkbar, dass zum Schuldenabbau ein Solidaritätsbeitrag für alle kommen wird, wie ihn die Deutschen nach der Wiedervereinigung eingeführt haben?

Jetzt über neue Abgaben zu diskutieren, halte ich nicht für sinnvoll. Weil es genau das verhindern würde, was wir jetzt brauchen, nämlich Investitionen und Wachstum.

Zählt nicht in Wahrheit eh schon viele Jahre der Mittelstand die Schulden wegen der Niedrigzinspolitik?

Deswegen bleibt es unser Ziel, die Steuer- und Abgabenquote weiter zu senken. 40 Prozent der privaten Vermögen liegen auf Sparbüchern, und da findet eine schleichende Enteignung statt.

Soll man Arbeitslosen in der Krise mehr zahlen?

Wir haben im vergangenen Jahr zwei Mal das Arbeitslosengeld für jeweils drei Monate um 150 Euro erhöht. Aber es pauschal und unbefristet zu tun, ist nicht sinnvoll. Wo bei ich dafür bin, die Arbeitsmarktpolitik nach der Krise neu zu debattieren. Daher ist es so wichtig, dass wir jetzt den neuen Arbeitsminister Martin Kocher an Bord haben.

Wird es schwierig, die Menschen nach der Krise wieder zurück in die alte Normalität einer Leistungsgesellschaft zu bringen?

Angesichts der hohen Flexibilität unserer Unternehmen mache ich mir da wenig Sorgen. Schauen Sie sich an, wie schnell im Sommer 2020 der Tourismus wieder voll angesprungen ist.

Denken Sie daran, neue Konjunkturprogramme zu setzen, z. B. für die Hausanierung?

Vieles davon tun wir bereits, etwa mit der Investitionsprämie. Nachfrageseitig mit der Senkung der ersten Stufe der Lohn- und Einkommenssteuer, mit vielen Transferleistungen. Das hat aber nur bedingt funktioniert, weil die Menschen nicht konsumieren können und sich

Japan hat einen gigantischen Schuldenberg von 240 Prozent vom Bruttoinlandsprodukt – Österreich kommt jetzt auf rund 85 Prozent. Wo ist für Sie ein Limit erreicht, bei 100 Prozent?

Was ist die Benchmark? Das Maastricht-Kriterium von 60 Prozent haben wir auch vor der Krise nicht erreicht, trotzdem hat Öster-

Die Debatte über Zombie-Unternehmen wird immer schärfer...

Es bekommen nur Unternehmen Geld, die schon vor Corona gesund waren – etwa bei den Haftungen. Auch wenn schon ein Insolvenzverfahren anhängig war, hat es viele Unterstützungsmöglichkeiten nicht gegeben. Besser, wir retten ein paar Unternehmen zu viel, als zu wenig.

hierzulande Sozialpartner, Gewerkschaften, Gemeinde- und Städtebund, NGOs und sogar Landeshauptleute – also alle, die mit Vorschlägen bei der Verwendung der Gelder mitreden wollen. Bisher aber kam aus dem Ministerium nur eine Mailadresse. Dahin können bis 26. Februar Vorschläge für innovative Projekte eingebracht werden. „Bei diesen Projekten muss der höchstmögliche gesellschaftliche Mehrwert herauskommen, ein offener Diskussionsprozess ist also enorm wichtig“, sagt Thomas Kattner, Mitglied im Bundespräsidium Youunion–Die Daseinsgewerkschaft und im Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss (EWSA). „Wir erwarten uns also schon mehr als

Fast ein Geheimplan

Dass sich das heimische Finanzministerium mit dem Plan für Öster-

Von den 3,3 Milliarden für Österreich werden heuer als Voranschuss bereits rund 300 Millionen Euro überwiesen. Dabei wäre es bald gut zu wissen, wofür genau. Wien wartet aber offenbar ab, welche Pläne die anderen Staaten einreichen – und welche Pläne abgelehnt werden. Tatsächlich war man in Brüssel mit den meisten Plänen bisher nicht ganz zufrieden: „Die Balance zwischen Reformen und Investitionen stimmt noch nicht ganz“, sagt EU-Budgetkommissar Johannes Hahn. So etwa schlug die deutsche Regierung in ihrem Plan unter anderem eine Steuerreduktion von 295 Millionen Euro für Elektroautos vor. Brüssel sagte

daher die Sparquote von sieben auf 14 Prozent verdoppelt hat. Rund 13 Milliarden Euro liegen jetzt mehr auf den Sparbüchern. Wenn da entspart wird, wird die Konjunktur wieder anspringen.

Welche Aussichten gibt es für den Tourismus? Der leidet besonders und mit ihm die ganze Wirtschaft.

Der Bereich ist extrem relevant, wir erwirtschaften hier 15 Prozent des BIP, haben 16 Prozent aller Beschäftigten dort. In Ländern wie Spanien oder Italien ist der Tourismusanteil geringer. 50 Prozent aller europaweiten Wintersportnächtlungen finden in Österreich statt. Ein großer Teil des Wirtschaftseinbruchs geht also auf den Tourismus zurück. Das kann aber schnell zurückkommen. Sorgen macht mir der Städte- und Kongresstourismus, weil der stark mit dem internationalen Flugverkehr zusammen hängt.

Auf EU-Ebene konnten Sie zuletzt einen Erfolg verbuchen, der mögliche Rahmen für Unternehmenshilfen wurde kräftig erhöht.

Die Brüssel-Bürokratie ist zu langsam für Corona. Österreichischen Unternehmen schnell und unbürokratisch zu helfen, war von Anfang an ein Problem. Das Beihilfenrecht sollte für die Dauer der Krise überhaupt ausgesetzt werden.

Ist Ihr Glaube an die EU jetzt verloren gegangen?

Bestimmt nicht, ich bleibe überzeugter Europäer. Es gibt für mich keine Alternative zu Europa. Der Brexit ist die größte Katastrophe seit dem Einigungsprozess.

Im EU-Wiederaufbaufonds mit 750 Milliarden gibt es 3 Milliarden für Österreich (siehe Bericht unten). Warum wurden da noch keine Projekte eingereicht? Wie wollen Sie das Geld abholen und wofür?

Die österreichischen Einzahlungen werden rund zwölf Milliarden Euro sein, drei Milliarden bekommen wir zurück. Kein besonders gutes Geschäft. Das ist ein Solidaritätstrag für Länder, denen es wirtschaftlich schlechter geht. Natürlich werden wir uns aber jeden einzelnen Euro, der uns da zusteht, zurückholen. Wir haben schon im jetzigen Budget viele Projekte definiert, die in den Rahmen hinein fallen: Digitalisierung, Klimaschutz, Nachhaltigkeit, öffentlicher Verkehr etc. Da wird gerade ein Paket zusammengestellt, die Einreichfrist ist April.

WIFO-Chef Badelt sagt, wenn jetzt alle EU-Länder gleichzeitig zu sparen beginnen, haben wir die nächste Superkrise.

Ich wäre schon froh, wenn es gelingt, die Neuverschuldung zu reduzieren. Die Gefahr des zu großen Sparens sehe ich in Europa nicht.

Hierzulande soll es wieder verstärkt Staatsbeteiligungen geben, wird offenbar auch im Finanzministerium diskutiert. Ein Rettungsschwenk?

Nein, es geht nicht um Verstaatlichung und aktives Beteiligungsmanagement. Wir überlegen aber, ob man die Kredite, die vergeben wurden und die der Staat zu 100 Prozent garantiert, nicht temporär in hybrides Eigenkapital wandeln kann – bevor diese Kredite fällig werden und die Firmen sie nicht bedienen können.

Wie geht es innenpolitisch weiter? Die Grünen stehen unter Druck, die grüne Basis will nicht mehr alles mittragen. Gleichzeitig gibt es eine interessante Annäherung zur SPÖ



JEREG CHRISTIANI

Frisch getestet, daher maskenlos: Interviewer Salomon und Bachner mit Blümel im Finanzministerium

Sicht überhaupt nicht. Wir haben eine gut funktionierende Koalition, sie steht keinesfalls auf der Kippe. Und wir haben ein Regierungsprogramm, das bis zum Ende der Legislaturperiode gut gefüllt ist.

Haben Sie Angst, dass Ihnen der Koalitionspartner abhandeln könnten?

Nein. Es war von Anfang an klar, dass es in dieser Regierungskoalition immer wieder zu herausfordernden Situationen kommen kann. Im Großen und Ganzen arbeitet die Koalition gut und wir sind bisher gut durch die Pandemie gekommen. Die Krise ist eine Herausforderung für jede Regierung, das haben wir bisher sehr gut gemeistert und gemeinsam

um den Konflikt im Asyl- und Flüchtlingspolitik in der Koalition zu entschärfen? Dass ÖVP und Grüne unterschiedliche Parteien mit unter-

schiedlichen Ansätzen sind, ist keine Überraschung. Das gilt auch für die Asyl- und Migrationspolitik, das war vor den Koalitionsverhandlungen klar und zeigt sich immer wieder, wenn so ein Thema aufkommt. Ich verstehe aber, dass es für die Grünen eine herausfordernde Situation ist.

Es gibt aber erste Auflösungserscheinungen in der Koalition. Sind Regierungsjahre Hundejahre? Spitzenpolitik ist zweifellos eine Herausforderung. So schön das Gestalten ist, so groß ist die Herausforderung.

Kann man das ein ganzes Leben lang machen? Mit Sicherheit nicht.

Haben Sie sich schon einen Laptop zugelegt? Beruflich, nein. Privat hatte ich immer schon einen.

HOFER

DU WILLST EIN BROT VON MIR ZUM HOFER PREIS,

Da bin ich mir sicher.

VKI BESTÄTIGT: HOFER QUALITÄTSFÜHRER BEI EXKLUSIVMARKEN

Traditioneller BIO-Kornspitz

Körniges Sonnenblumenbrot
500 g

dauerhaft erhältlich
per Stück
1,59
3,18/kg

Vitales Chia Weckerl

dauerhaft erhältlich
per Stück
0,65

Vitales Eiweißweckerl

dauerhaft erhältlich
per Stück
0,59

Verführerische Butter-Nussschnecke

dauerhaft erhältlich
per Stück
1,19

Aromatisches Nussbrot
300 g

dauerhaft erhältlich
per Stück
1,99
6,63/kg

österreichische Kaisersemmel

dauerhaft erhältlich
per Stück
0,15

Da bin ich mir sicher.

PLATZ 1

Wenigstens über 15 Jahre VKI-Lebensmittelpreis

Quelle: VKI, KONSUMENT ÖKOBAR

SUPERDEAL

Montag bis Mittwoch, 08.02. bis 10.02.

Selchripper!
mild gepökelt und geräuchert

LETZT FÜR KURZE ZEIT
per Packung
4,99

Almschinken
geschmitten
2 x 225 g

LETZT FÜR KURZE ZEIT
per Packung
4,79

Feinkost-Aufschnitt
verschiedene Sorten
160 gr/150 g
120 g/100 g

-25%
per Packung
1,59

BIO-Dinkel-Brot mit Buchweizen
500 g

-33%
per Stück
1,99